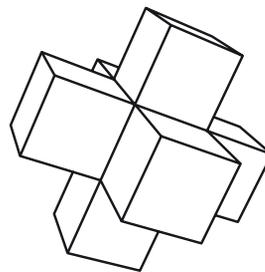


Schweizer Freisinn



FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Geits no?	2	FDP-Frauen	14	Kreuzworträtsel	22
Kopf des Monats	2	Brennpunkt	3	Jungfreisinnige	16	FDP intern	23

29. Jahrgang, Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

Inhalt

Wahlanalyse

Die eidgenössischen Wahlen brachten in vierzehn Kantonen Verluste, in elf Kantonen Gewinne. Mit einer detaillierten Analyse werden die Gründe ermittelt. Diese sind dann auch Basis für Massnahmen.

Seite 3

Keine Abschaffung der Luftwaffe

Am 24. Februar 2008 entscheidet das Schweizer Volk über die Volksinitiative «Gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten». Die Initianten wollen mit dieser Initiative touristisch genutzte Erholungsgebiete vor Fluglärm schützen. Bundesrat und Parlament lehnen diese Initiative jedoch ab.

Seite 10

KMU stärken

Die Schweiz ist ein KMU-Land. Über 99% der Schweizer Unternehmen sind KMU. Wer Klein- und Mittelunternehmen stärken, steuerliche Hindernisse abbauen und Arbeitsplätze sowie Lehrstellen sichern will, sagt Ja zur KMU-Steuerreform.

Seite 21



Annemarie Huber-Hotz erklärte am 15. Dezember 1999 die Annahme zur Wahl als Bundeskanzlerin.

Bild: Edouard Rieben

Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz verlässt das Bundeshaus

Nach acht Jahren verlässt Annemarie Huber-Hotz, die vor dreissig Jahren in die Parlamentsdienste eintrat, das Bundeshaus als Bundeskanzlerin.

Annemarie Huber-Hotz blickt auf eine spannende Zeit zurück. Die Bundeskanzlerin ist überzeugt, dass das liberale Gedankengut nach wie vor Zukunft hat. Die Politik sei dann liberal, wenn sie sich erstens für gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft einsetze,

d. h. für Rahmenbedingungen, die ihr möglichst viel Freiheit und Gestaltungsraum lassen, so Annemarie Huber-Hotz. Von einer liberalen Politik erwarte sie zweitens, dass sie für eine nach innen und aussen offene und tolerante Gesellschaft Sorge, in der die Chancengleich-

heit, die Entfaltungsmöglichkeiten für alle, Gerechtigkeit und Sicherheit vor Not und Gewalt prioritäre Anliegen seien. Im «Freisinn» blickt sie auf ihre Zeit als Bundeskanzlerin zurück.

Seite 12

Liberale Erneuerung

Die Antwort auf ein neues Zeitalter

Wie lautet der übliche Forderungskanon an den Staat? Regulieren, verbieten, subventionieren, legalisieren, beaufsichtigen, fördern, vorschreiben, eingreifen, normieren, homologieren, reglementieren, kontingentieren! Das sind Attribute, mit welchen gesellschaftliche und wirtschaftliche Kräfte gezähmt werden sollen. Das sind Attribute, mit denen unser Land zurückgeworfen würde. So tötet man die Freiheit. So unterbindet man die Entfaltung der Wirtschaft.

Was wollen wir stattdessen? – Der Liberalismus ist eine bewährte, humane Philosophie. Aber er wurde von Montesquieu und seinen Schülern nicht für alle Zeit dogmatisiert und also nicht in Stein gemeisselt. Er bedarf im Gegenteil der steten Weiterentwicklung. Ein eindrückliches Beispiel dazu ist die Entstehung der sozialen Marktwirtschaft nach dem 2. Weltkrieg. Deren Erfinder Röpke, Müller-Armack, Eucken & Co. waren urliberale Geister.

Jedes Zeitalter muss sich also den Liberalismus neu aneignen,



Hans-Rudolf Merz

und nicht etwa neu erfinden. Dabei gilt es zu bedenken, dass er umfassend ist und darum jederzeit die Antwort nach den Chancen und Lebensumständen von Individuum und Gesellschaft gibt. Der Liberalismus ist das Lebensgefühl mündiger, freier Männer und Frauen. In der ganzen Kultur unseres Landes ist der Freiheitsgedanke bekanntlich tief verankert; im Staat, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft.

Wenn nun Technik und Informatik die totale Überwachung und den gläsernen Bürger ermöglichen, dann muss der Liberale den Schutz der Privatheit zur Seite stellen. Wenn Wissen und Technologie auszufern drohen und nicht mehr bewältigbar scheinen, dann muss der Liberale für Bildung und Chancengleichheit sorgen. Wenn Klima und Mobilität nicht mehr getraut werden, dann muss der Liberale die verträglichen Massnahmen aufzeigen. Wenn Sicherheit und Rechtsstaat zu verstärken sind, dann muss der Liberale für menschengerechte Lösungen eintreten. Wenn der soziale Bereich reformiert wird, dann muss der Liberale für Gerechtigkeit sorgen; er muss jene stärken, die den Schwachen helfen können, und den Erfolgreichen belohnen, nicht bestrafen. Wenn der Staat übermässig wächst, dann muss ihn der Liberale auf Eigenverantwortung, Augenmass und Kernaufgaben zurückbinden.

Vieles deutet daraufhin, dass mit dem Zerfall des Kommunismus, mit

der Globalisierung der Wirtschaft und mit der Internationalisierung der Politik derzeit ein neues Zeitalter entsteht. Das muss die Stunde der Liberalen sein! Wir müssen unsere Werte an diese Entwicklungen anpassen, wir müssen unsere Werte sogar zum Massstab für diese Entwicklungen machen. Die eidgenössischen Wahlen haben gezeigt, dass wir inhaltlich auf dem richtigen Weg sind. Sie haben aber auch gezeigt, dass wir die Reform des Liberalismus in der neuen Zeit noch bei weitem nicht abgeschlossen haben. Eine faszinierende Herausforderung steht uns bevor. Eine Aufgabe ganz nach dem Geschmack freier, liberaler Geister. Montesquieu würde sagen: un défi à la FDP! Und Léonard Bender replizierte in Zürich: au boulot, mes amis!

Hans-Rudolf Merz

Kopf des Monats

Fritz Schiesser

Der neue Präsident des ETH-Rats für die kommende Amtsperiode von 2008 bis 2011 heisst Fritz Schiesser. Der Glarner Anwalt sitzt seit 1990 als FDP-Ständerat im Stöckli. Um seine neue Funktion wahrnehmen zu können, wird Schiesser von seinem politischen Amt zurücktreten. Als langjähriger Präsident des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und als Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates ist Fritz Schiesser mit der Schweizer Hochschul- und Forschungspolitik bestens vertraut. Als promovierter Jurist, Anwalt und Notar verstärkt er die juristische Kompetenz



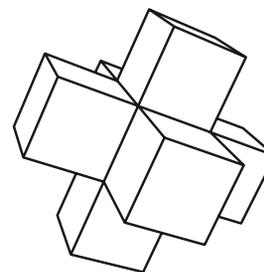
**Fritz Schiesser,
der Kopf des Monats**

des ETH-Rats. Wir gratulieren Fritz Schiesser zu seiner Wahl und wünschen ihm viel Erfolg.

Geits no?

Der Waadtländer PdA-Nationalrat – sprich Kommunist – Joseph Zisyadis ist einer breiten Öffentlichkeit als Reisender in Sachen Steuern bekannt. Vorübergehend hatte er sich in Obwalden niedergelassen, um eine Klage vor Bundesgericht gegen den Kanton einzureichen. Die ortsansässige Linke wollte keine Klage deponieren. Danach drängte er die eigentlich gewählte PdA-Kandidatin zur Nicht-Annahme der Wahl. Zisyadis neuer Coup: Er wird im neuen Parlament Mitglied der Grünen Fraktion. Diese Verbindung sagt nicht bloss etwas über Joseph Zisyadis, sondern in erster Linie über die Grünen aus. Dass diese einen Kommunisten in ihrer Frak-

tion aufnehmen, den nicht einmal die SP in ihren Reihen wollte, zeigt einmal mehr, dass in der grünen Schale ein tieferer Kern steckt.



Schmerzhaftes Wahlergebnis

Als das Team des neuen Präsidiums vor zwei Jahren an die Arbeit ging, war die Ausgangslage klar: Man wollte in den urbanen Zentren die Wahlen gewinnen. Mit einer modernen Wirtschaftspolitik, die ökologische Anliegen als Chance sieht, und mit einer offenen Gesellschaftspolitik, die das Selbstbestimmungsrecht der Bürger schützt.

Von Ruedi Noser,
Vizepräsident FDP Schweiz

Mit dem Programm eine «Schweiz in Bewegung – eine erfolgreiche Schweiz» planten wir, einen klaren Themenwahlkampf zu führen. Mit dem Slogan «Freiheit kann man nicht kaufen – aber wählen» wollten wir ihn auf den Punkt bringen. Die Wahlniederlage der SP (vor allem) in den Städten und die Gewinne der Grünliberalen haben klar gezeigt, dass die Strategie hätte funktionieren können. Nur leider hat sie es nicht für die FDP.

Schaut man die Resultate etwas detaillierter an, dann stellt man fest, dass wir in elf Kantonen besser und in vierzehn Kantonen schlechter abgeschnitten haben



Ruedi Noser

als vor vier Jahren. Die Frage, weshalb man in gewissen Kantonen gewonnen und in anderen aber verloren hat, muss somit pro Kanton be-

antwortet werden. Es gibt lediglich zwei Fakten, die ohne vertiefte Analyse klar scheinen:

1. Parteien, die ihre Bundesräte aktiv in die Wahlstrategien eingebunden haben, haben eher gewonnen und

2. Rund ein Drittel des Wähleranteilverlustes der FDP Schweiz ist alleine in Zürich eingefahren worden.

Die Parteileitung hat den drei Vizepräsidenten Gabi Huber, Léonard Bender und mir den Auftrag erteilt, eine vertiefte Analyse der Resultate und Umstände durchzuführen. Dazu haben wir eine interne sowie eine externe Analyse in Auftrag gegeben. Die interne Analyse soll Aufschluss über das Funktio-

nieren der Kampagnenführung geben, und die externe Analyse soll pro Kanton aufzeigen, wie sich das Wählerverhalten von 1991 bis heute verändert hat. Diese beiden Analysen werden bis Mitte Dezember abgeschlossen sein und der Fraktion wie den Kantonen zur Diskussion vorliegen. Die Vizepräsidenten werden auf der Basis der Resultate und Diskussionen Massnahmen vorschlagen, die man in der FDP Schweiz und in den Kantonalparteien ergreifen sollte, um bei den nächsten Wahlen besser abzuschneiden. Die Massnahmen wollen wir anlässlich der Delegiertenversammlung vom 19. Januar in Rapperswil diskutieren und das weitere Vorgehen besprechen.



Veranstaltung

Programm Delegiertenversammlung Rapperswil (SG)

HSR Hochschule für Technik, Rapperswil

18. Januar 2008

11.30–13.30 Sekretärenkonferenz

13.45–15.00 GL

15.15–17.15 PPK

19. Januar 2008

10.15 **Begrüssung**

Rede des Parteipräsidenten

Analyse der Wahlen 07
durch die Vizepräsidenten

Ausblick auf die Legislatur 2008–2011

Unternehmenssteuer-Reform
Bundesrat Hans-Rudolf Merz

Volksinitiative «Kampfetlärn»
Vorstellung der Vorlage
Diskussion und Parolenfassung

13.15 **Ende der DV und Apéro**



Hochschule Rapperswil

Neuer Nationalrat in Neuenburg



Laurent Favre

Da Didier Burkhalter ins Stöckli gewählt wurde, wird Laurent Favre seine Arbeit als Nationalrat aufnehmen. Laurent Favre ist Direktor der Landwirtschaftskammer in Neuenburg. Wir wünschen ihm in seinem Amt viel Erfolg.

Peter Tobler tritt nicht mehr an



Peter Tobler

Der Präsident der FDP BL, Peter Tobler, wurde am 16. März 2004 in sein Amt gewählt. Nun hat er sich entschieden, am 22. Januar anlässlich des Parteitages der FDP BL nicht mehr als Präsident anzutreten. Auf politischer Ebene amtierte er auch als Gemeinderat, Landrat und Fraktionspräsident. Der passionierte Windsurfer wird also nicht mehr auf der politischen Welle surfen – dafür umso mehr auf dem Wasser.

Keine dritte Amtszeit



Doris Fiala

Doris Fiala, Präsidentin der FDP des Kantons Zürich, hat sich entschieden, im April 2008 nicht für eine dritte Amtszeit zu kandidieren. Die neu gewählte Nationalrätin wird ihren politischen Weg in Bern fortführen.

Graubünden

Freunde der FDP Graubünden

«Nus Liberals – Freunde der FDP Graubünden» wurden gegründet.

In der Schweiz gibt es unzählige Heimwehbündner und Leute, die eine besondere Beziehung zum wunderschönen Bergkanton haben. Viele davon haben eine liberale Gesinnung. Um den Kontakt zur FDP Graubünden zu wahren, wurde der Verein «Freunde der FDP Graubünden» gegründet. In einer lockeren Atmosphäre sollen zwei Mal pro Jahr Anlässe organisiert werden, einer davon im Bündnerland, der andere im Unterland. Als Co-Präsidenten des Clubs amten der ehemalige Schaffhauser Nationalrat Gerold Bühler und der Bündner Regierungspräsident Martin Schmid.

Thurgau

56. Gottlieber Tagung

Die Thurgauer Freisinnigen trafen sich zur traditionellen Gottlieber Tagung und debattierten über Energie und Steuern.

Bereits zum 56. Mal fand die Gottlieber Tagung der Thurgauer FDP statt. Um die 100 Personen waren der Einladung gefolgt und debattierten an einem abwechslungsreichen Abend über Energie und Steuern. Neben brennenden politischen Fragen wie dem neuen Finanzausgleich kam auch die Unterhaltung nicht zu kurz. «The Twins» boten faszinierende Akrobatik, und auch die kulinarischen Genüsse kamen nicht zu kurz.

Schwyz

Schwyzener Stimmvolk folgt der FDP

Das Schwyzener Volk stimmt der Bürokratie-Initiative der FDP deutlich zu.



Bald Vergangenheit? Bild: Keystone

Auch im Kanton Schwyz ufert die Bürokratie allmählich aus, worunter neben den KMU auch jeder einzelne Bürger zu leiden hat. Die Schwyzener FDP schritt zur Tat und lancierte eine Volksinitiative für weniger Bürokratie. Die FDP stand allein auf weiter Flur; alle übrigen Kantonsratsfraktionen sprachen sich gegen das Volksbegehren aus. Trotzdem stimmten 60% dem freisinnigen Ansinnen zu. In jeder Gemeinde des Kantons gab es eine Ja-Mehrheit. Die staatlichen Instanzen stehen nun in der Pflicht, diesem Volksverdikt gerecht zu werden und eine entsprechende Verfassungsbestimmung auszuarbeiten.

Luzern

Luzerner Jungfreisinnige sind die Wahlsieger

Die Luzerner Jungfreisinnigen holten am meisten Stimmen von allen Jungparteien im Kanton.

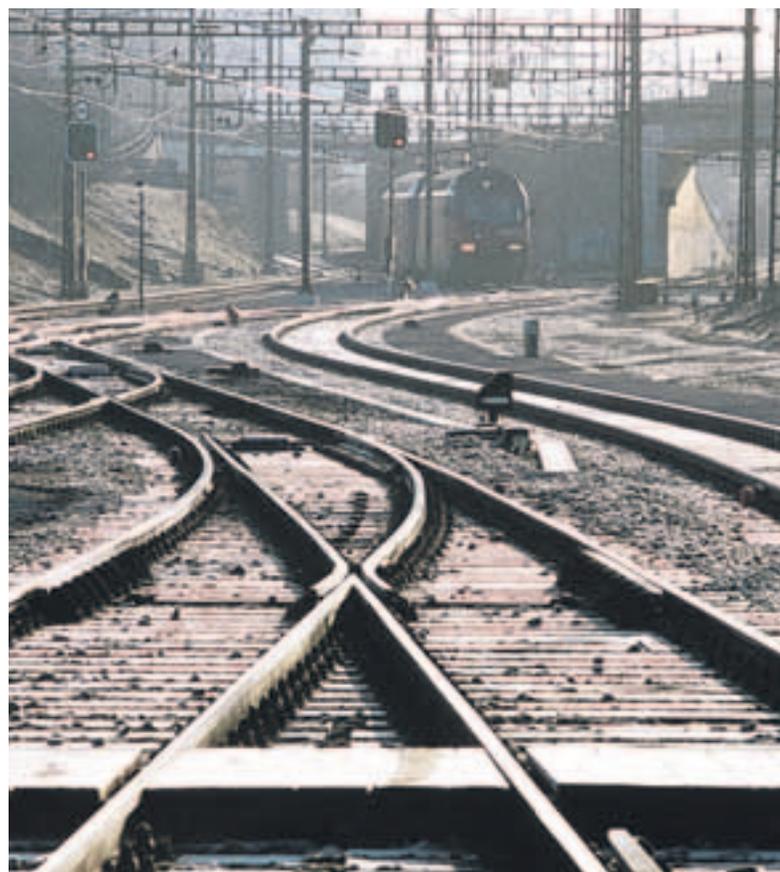
Mit insgesamt 11.187 Stimmen distanzierten die Luzerner Jungfreisinnigen die anderen Jungparteien deutlich. Dieser Erfolg ist nicht erstaunlich, da sich die jungen Kandidaten im Wahlkampf äusserst aktiv und engagiert zeigten. Zudem wurden im Wahlkampf klare Botschaften verwendet, und dank einer Petition und damit verbundenen Standaktionen konnte der Kontakt zur Bevölkerung gesichert werden.

Luzern

Freisinnige für den ÖV

Die Luzerner Freisinnigen haben die Petition «Luzern nicht vom ÖV abhängen» eingereicht.

Die Luzerner Liberalen haben fleissig gesammelt. 6566 Unterschriften werden ans Bundesparlament übergeben, um zu fordern, dass die Bahn am Rotsee auf Doppelspur ausgebaut wird. Für die FDP Luzern ist es inakzeptabel, dass die SBB den Doppelspurausbau bis 2030 hinausschieben wollen. Schliesslich ist die Strecke Luzern–Zug–Zürich eine sehr stark befahrene Bahnlinie.



Engpass am Rotsee: Doppelspurausbau soll nicht verschoben werden. Bild: Keystone



-Tipp

37 Gründe, liberal zu sein

Autor: Fulvio Pelli, Präsident FDP Schweiz

Engagierte Zeitgenossen erläutern, weshalb sie liberal sind und wie sie den Liberalismus leben.

Das Buch ist im Handel zum Preis von Fr. 24.80 erhältlich:

Orell Füssli,
ISBN 978-3-280-06102-2
www.ofv.ch,
oder als «Freisinn»-Leser-Angebot (siehe unten).



Talon

Ja, ich profitiere vom «Freisinn»-Leser-Angebot und will das Buch «37 Gründe, liberal zu sein» von Fulvio Pelli zum Preis von Fr. 17.– plus Porto Fr. 5.–.

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Unterschrift: _____

Schicken Sie die Bestellung an FDP Schweiz, Postfach 6136, Neugengasse 20, 3001 Bern, oder per Fax an 031 320 35 00.

Agenda 2008

Januar

- 18. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 19. a. o. Delegiertenversammlung (Rapperswil-Jona)

Februar

- 24. Eidg. Abstimmungen

März

- 3.–20. Frühjahrssession

April

- 18. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 18.–19. Delegiertenversammlung und Parteitag (voraussichtlich in Bern)

Mai

- 26.–13. Sommersession

Juni

- 1. Eidg. Abstimmungen
- 27. Prov. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 28. Prov. Delegiertenversammlung (Ort noch offen)

August

- 15. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 16. Delegiertenversammlung in Neuenburg

September

- 15.–3.10. Herbstsession
- 28. Eidg. Abstimmungen

Oktober

- 24. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 25. Delegiertenversammlung in Bern

November

- 30. Eidg. Abstimmungen

Dezember

- 1.–19. Wintersession

«Politik beginnt jeden Tag neu»

Gastreferent am 2. Ammann-Züpfe-Zmorge in Langenthal war Hermann Otto Solms, Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Der Unternehmer und FDP-Politiker ist seit 1998 Vizepräsident des Deutschen Bundestages. In seinem Referat, vor 70 geladenen Gästen des Berner FDP-Nationalrats und Unternehmers Johann Niklaus Schneider-Ammann, beleuchtete Solms die Schwierigkeiten, in Deutschland Wirtschaftsreformen umzusetzen.

Von Lukas Jenzer

Gleich zu Beginn seines Referats blickte der deutsche Gast selbstkritisch in den Spiegel: «Die deutsche Politik ist erklärungsbedürftig. Wir Politiker verstehen sie oft selber nicht», meinte Solms bezogen auf die sehr unterschiedlich ausgerichteten politischen Kräfte, welche in Deutschland wirken und gewirkt haben.

In seinem Referat ging der liberale Denker dem Einfluss der Politik auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nach. Hermann Otto Solms stellte der rot-grünen Vorgängerregierung in einigen Bereichen ein gutes Zeugnis aus: «Hauptursache für die derzeitige positive wirtschaftliche Entwicklung ist – neben dem aktuellen Wachstum von 2,6% – die Zurückhaltung der Tarifverbundpartner (Gewerkschaften). In Deutschland sind die Arbeitskosten seit 2000 im relativen Vergleich mit den anderen EU-Staaten gesunken.» Den zweiten Grund sieht Solms in der Neuausrichtung vieler Firmen: «Die Unternehmen haben ihre Hausaufgaben gemacht. Sie haben sich neu aufgestellt und sind heute internationaler tätig.»

Investitionen in Arbeitsplätze

Kritisch beleuchtete Solms die aktuelle deutsche Regierung: «Viele Ziele gehen in die falsche Richtung. Die Reform des Gesundheitswesens ist ungenügend. Gravierender aber ist, dass die aktuelle Regierung Grundlagen schafft, welche die Arbeitslosigkeit finanzieren. Viel besser sind aber Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen. Für



Hermann Otto Solms, Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Arbeit muss ein Mensch im Erwerbsalter mehr Geld erhalten als für die Arbeitslosigkeit.» Zudem führe ein zu starrer Kündigungsschutz zu einer leistungshemmenden Einstellung des Arbeitnehmers. Dies habe zur Folge, dass kaum neue Mitarbeitende eingestellt würden.

Faire Marktvoraussetzungen mit tieferen Steuern

Im internationalen Vergleich leidet Deutschland heute stark unter den hohen Steuersätzen. Die Forderung Solms ist klar: «Ein fairer Wettbewerb ist nur möglich, wenn mit gleich langen Ellen gemessen wird. Wir wollen einheitliche Marktbedingungen!» Deshalb benötige

Deutschland eine grosse Steuerreform. «Das aktuelle Steuerrecht ist extrem kompliziert. Kaum jemand hat bei uns den Gesamtüberblick.» Deshalb hat die deutsche FDP einen Vorschlag ausgearbeitet, welcher das bisherige, 450 Seiten starke Recht auf gut 30 Seiten kürzt. «Für uns ist Österreich mit seinem derzeit wohl modernsten Steuerrecht für Unternehmen im EU-Raum Vorbild.»

Was ist Liberalismus?

Auf eine Frage aus dem Kreis der Gäste umriss Hermann Otto Solms seine Vorstellung über den oft zitierten und immer wieder anders interpretierten Begriff des «Liberalismus»: «Meine Aufgabe ist es,

mein Schicksal selber in die Hand zu nehmen, selber für mich zu sorgen und nicht Kollektive in die Verantwortung zu nehmen.»

Solms ist kein Blender. Überlegt, sachbezogen und von einem enormen Erfahrungsschatz genährt, wirkt er in der deutschen Politik als Vertreter einer kleinen Partei seit Jahren prägend mit. Wohl auch deshalb hebt er sich von vielen anderen seiner Kaste wohlthuend ab. Für Hermann Otto Solms ist klar: «Politik beginnt jeden Tag neu. An diesen Grundsatz habe ich mich bis auf den heutigen Tag gehalten.»



Chance des Monats

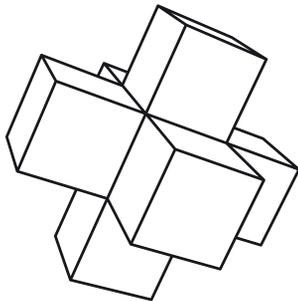
Guter Start

Für die kommende Legislatur-Periode muss nicht nur entschieden werden, welche Themen im Zentrum der schweizerischen Politik stehen.

Mit dem Beginn der neuen Legislatur hat das neue Parlament auch die Chance, das Volk spüren zu lassen, dass sich etwas bewegt und dass die Parteien ihre Verantwortung wahrnehmen. Ein guter Start ist die Voraussetzung einer künftig konstruktiven Zusammenarbeit unter der Bundeskuppel. Es ist zu hoffen, dass diese Chance von allen Seiten wahrgenommen wird.

Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz
Redaktion «Freisinn»
Postfach 6136
Neuengasse 20
3001 Bern
gnaegi@fdp.ch



Post-it mit FDP-Logo

Diese praktischen Notizzettel gehören in jedes Büro und in jeden Haushalt.

20x50 Blatt

Preis: Fr. 32.– zuzüglich Porto und Verpackung

Anzeige

EINE SOLIDARITÄTS-PATENSCHAFT für die Zukunft der Kinder



© Tdh/Jean-Marc Joldon/Terra

Ja, ich möchte eine Solidaritäts-Patenschaft für Kinder in Not abschliessen.

Ich bezahle monatlich:

Fr. 40.- Fr. _____

Bitte senden Sie mir die Patenschaftsbestätigung zusammen mit den Einzahlungsscheinen.

Bitte senden Sie mir mehr Informationen über die Patenschaften von Terre des hommes.

34147

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

**Terre des hommes, Patenbetreuung,
En Budron C8, 1052 Le Mont-sur-Lausanne
Infoline: 021/654 67 67 • E-mail: info@tdh.ch**



Kinderhilfe - www.tdh.ch



Gratisinserat



Was wäre Weihnachten ohne Schokolade?

1 kg FDP-Schöggeli Fr. 40.–

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern,
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Weitere Artikel finden Sie unter: www.fdp.ch/shop

Hysterie war und ist fehl am Platz - Mangelnde Besonnenheit beim GPK-Bericht

Die FDP hat sich beim GPK-Bericht auf die Fakten konzentriert und auf Geheimplan- und Komplott-Theorien bewusst verzichtet. Dieses Verhalten hat sich im Nachhinein denn auch als richtig erwiesen. Die Untersuchungen zum GPK-Bericht zeigen jetzt nämlich, dass unter dem Hintergrund des Wahlkampfes bewusst ein hysterisches Spielchen inszeniert wurde, um eine Staatsaffäre herbeizureden. An diesem Theater hat sich die FDP bewusst nicht beteiligt. Auch in Zukunft wird sich die FDP für eine funktionierende und unabhängige Justiz einsetzen und nicht auf Kosten des Rechtsstaates Scheingefechte austragen.

Ablehnung à la SVP ist unverantwortliche Scheinpolitik

Die FDP-Fraktion hat beschlossen, das Budget 2008 anzunehmen. Das Budget erfüllt die Kriterien der Schuldenbremse und weist erneut einen Überschuss aus. Wer das Budget hinge-

gen ablehnt, der verweigert sich der Verantwortung und betreibt eine Scheinpolitik. Es lässt aufhorchen, dass die SVP, die grösste Fraktion im Parlament, die neue Legislatur mit der Ablehnung des Bundesbudgets beginnt. Wer das Budget einfach ablehnt, provoziert, spielt Theater und stiehlt sich durch die Hintertür aus der Verantwortung. Vor allem gilt es zu bedenken, dass die SVP in der Kommissionsarbeit sogar Anträge zur Aufstockung des Budgets gestellt hat. Die FDP betreibt da lieber seriöse Sachpolitik: Die Freisinnigen werden sich nämlich dafür einsetzen, dass ausserordentliche Ausgaben nicht mehr am Budget vorbei zu den Bundesschulden hinzugerechnet werden können. Damit wäre die Schuldenbremse auch bei ausserordentlichen Ausgaben budgetrelevant.

Sinnvoller Ausbau zugunsten der Umwelt

Die Gesamtschau zum öffentlichen Verkehr ist ein wichtiger Beitrag zur Klimapolitik. Dank diesem Konzept ist gesichert, dass neben der Nord-Süd-Transversale auch die Verbindungen von Westen nach Osten den Bedürfnissen angepasst werden. Mit seiner Entscheidung kommt der Bundesrat den Forderungen der FDP nach.

Dank dem Entscheid des Bundesrats kann verhindert werden, dass die Mehrkosten der Neat dazu führen, dass wichtige Investitionen in den öffentlichen Verkehr zusammengestrichen werden. Diese Investitionen auf der Ost-West-Achse (Mittelland, Agglomerationen) dürfen nicht aufgrund der Mehrkosten auf der Nord-Süd-Achse wegfallen. Einen entsprechenden Vorstoss der FDP hat der Ständerat in der Herbstsession ohne Gegenstimme angenommen (07.3328 Mo. Pfisterer: Auftrag zu Zusatzvorlage mit Neat-Nachfinanzierung und Ergänzung des Teils ZEB). Gleichzeitig muss Bundesrat Leuenberger alle Anstrengungen unternehmen, um die Kosten der Neat zu kontrollieren. Neben geologischen Unwegsamkeiten führen auch Streitigkeiten in der Auftragsvergabe und unlängst der Streik auf der Neat-Baustelle zu Mehrkosten. Von Bundesrat Leuenberger wird hier ein energisches Vorgehen gefordert, damit Steuergelder nicht verschleudert, sondern in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden.

Eine leistungsfähige und funktionierende Infrastruktur im öffentlichen Verkehr ist Voraussetzung für das Umsteigen von privaten Verkehrsmitteln auf den öffentlichen Verkehr. Damit wird ein wichtiger Beitrag zugunsten der Umwelt geleistet.



Zugunsten der Umwelt: Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Bild: Keystone

Keine Abschaffung der Luftwaffe

Am 24. Februar 2008 entscheidet das Schweizer Volk über die Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten». Mit der Initiative wollen die Initianten touristisch genutzte Erholungsgebiete vor Fluglärm schützen. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab.

Von Edi Engelberger, Nationalrat

Der Nationalrat lehnte die Initiative mit 119 zu 58 Stimmen bei 11 Enthaltungen ab.

Auch der Ständerat lehnte sie mit 31 zu 3 Stimmen und 7 Enthaltungen ab. Das Parlament anerkennt, dass die Bevölkerung so gut wie möglich vor militärischem Fluglärm geschützt werden soll. Es ist aber der Meinung, dass die Initiative dazu der falsche Weg sei: Die Initiative verunmöglicht das erforderliche minimale Training der Luftwaffe. Sie gefährdet somit einen Teil des verfassungsmässigen Auftrags der Armee, nämlich die Wahrung der schweizerischen Souveränität in der Luft.

Aufgaben der Armee

Zu den Kernaufgaben der Armee gehört die Gewährleistung der Souveränität und Neutralität. Dieser Auftrag ist in der Verfassung festgehalten. Die Luftwaffe leistet dabei mit ihren Kampffjets einen wichtigen Beitrag. Dies bedeutet in Friedenszeiten in erster Linie Luftpolizeidienst, vergleichbar mit der Verkehrspolizei auf der Strasse. Die Armee überwacht dabei permanent den Luftraum und den zivilen Flugverkehr über der Schweiz. Bei erhöhter Bedrohungslage verteidigt die Luftwaffe den eigenen Luftraum gegen einen militärischen oder terroristischen Angreifer.

Die Nutzung des Schweizer Luftraums

Die Luftwaffe führt ihr tägliches Training in drei Lufträumen durch: einem über den Ostalpen, einem über dem Raum Berner Oberland-Wallis und einem grenzübergreifenden im schweizerisch-französischen



Sie sollen weiterhin über die Alpen donnern.

Bild: Keystone/Schweizer Luftwaffe

Jura. Der restliche Luftraum über der Schweiz wird durch den zivilen Luftverkehr beansprucht. Er kann von der Luftwaffe für Übungen nicht benutzt werden. Die heute zur Verfügung stehenden Trainingsräume der Luftwaffe liegen grösstenteils über den Alpen, also über typischen Tourismusregionen. Sie müssten mit der Annahme der Initiative weiter eingeschränkt werden. Eine Verschiebung der militärischen Trainingsräume ist faktisch aber unmöglich, weil dies nur auf Kosten des zivilen Luftraums gehen könnte. Dieser ist vorgegeben durch die internationalen Luftstrassen und die Landesflughäfen.

Simulation und Verlagerung

Ausbildung und Training von Piloten ausschliesslich auf Simulatoren zu verlagern, ist genauso wenig eine Lösung wie die komplette Verlagerung der Übungsflüge ins Ausland: Die Piloten müssen in ih-

rem möglichen Einsatzgebiet trainieren können. Neben den Piloten müssen auch alle notwendigen Partner am Boden beübt werden können. Die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe bedingt, dass Piloten ihre Kampffjets beherrschen, dass das Bodenpersonal die Abläufe kennt, dass die Leitung der Einsätze klappt und dass die Zusammenarbeit mit den zivilen Flugsicherungsorganen funktioniert.

Massnahmen gegen die Lärmbelastung

Nachtflüge der Luftwaffe finden nur zwischen Oktober und März einmal in der Woche statt.

Die Piloten trainieren so viel an Simulatoren wie möglich. Besonders lärmige Trainings – zum Beispiel Tiefflüge – werden im Ausland durchgeführt. Überschallflüge dürfen grundsätzlich nicht unterhalb von 10 000 Meter über Meer geflogen werden. Für jeden Flugplatz

sind die Flugrouten sowie die Start- und Landeverfahren lärmässig optimiert. In der Umgebung der Flugplätze Emmen, Meiringen, Payerne und Sion wurden und werden spezielle Schallschutzfenster eingebaut.

Offene Definitionen – juristisches Vakuum

Der Begriff «touristisch genutzte Erholungsgebiete» ist rechtlich nicht definiert. Der Geltungsbereich der Initiative ist daher unklar und müsste für den Fall der Annahme erst bestimmt werden. Es ist davon auszugehen, dass in der ganzen Schweiz Gebiete betroffen wären, nicht nur im Alpenraum. Ebenfalls schwierig ist die Abgrenzung von Übungsflügen und Einsätzen. Oft werden Überwachungsflüge im Rahmen des Luftpolizeidienstes mit Übungsflügen kombiniert, oder ein Pilot wird aus einem Übungsflug heraus direkt in einen Einsatz gerufen.

Konsequenzen bei Annahme der Initiative

Durch die Annahme der Initiative könnte die operationelle Einsatzbereitschaft der Luftwaffe nicht mehr gewährleistet werden. Die Luftwaffe könnte ihre Aufträge, die Sicherheit des Flugverkehrs zu gewährleisten und die Lufthoheit zu wahren, nicht mehr glaubwürdig wahrnehmen. Sie gefährdet die Existenz der Luftwaffe. Dadurch gefährdet die Annahme der Initiative letztlich die Wahrung der Souveränität und Neutralität der Schweiz. Sie ist deshalb keine Lösung!



Das liberale Gedankengut hat noch lange nicht ausgedient...

Von Annemarie Huber-Hotz,
Bundeskanzlerin

Als ich vor 30 Jahren in die Parlamentsdienste eintrat, zählte die FDP-Fraktion der Bundesversammlung 62 Mitglieder, gleich viele wie die der CVP und der SP. Sie vereinigte unter dem Partei- und dem Fraktionspräsidenten, den Nationalräten Yann Richter (NE) und Franz Eng (SO), eine eindruckliche Vielfalt von Persönlichkeiten, die verschiedene politische Richtungen vertraten. Der Fraktionspräsident konnte seine Mitglieder je nach Sachfrage gezielt einsetzen, und die Fraktion hat jeweils, zum Teil nach intensiven Diskussionen, zu guten politischen Kompromissen gefunden. Ich erinnere mich gut an Fraktionspräsident Ueli Bremi, der in den achtziger Jahren stolz auf den Reichtum seiner Fraktion mit ihren rechten und linken Flügeln hinwies. Von dieser Offenheit und Toleranz innerhalb der Fraktion und nach aussen war ich begeistert und fühlte mich in diesem liberalen Umfeld zuhause.

Es ist ja durchaus möglich, dass mein Blick in die Vergangenheit zu rosig ausfällt. Sicher hat es in der Fraktion ab und zu Streit gegeben, aber ich kann mich nicht erinnern, dass die Fraktionsmitglieder ihre Meinungsverschiedenheiten öffentlich ausgetragen und mit effektiver Kritik auf die eigenen Leute gezielt hätten – wofür wir ja in der jüngsten Zeit eine besondere Begabung entwickelt haben.

Ich hatte in den letzten 30 Jahren die Chance, einer Partei anzugehören, die auf ihre Leistungen stolz sein darf. Die FDP hat im 19. Jahrhundert mit einer klugen Politik unseren Bundesstaat und viele der wichtigsten Infrastrukturen aufgebaut und sie hat in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhun-



Annemarie Huber-Hotz, General-Sekretärin der Bundesversammlung, aufgenommen am 26. Mai 1999 in ihrem Büro in Bern.

Bild: Keystone

derts wesentlich zum Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft und zur sozialen Sicherheit beigetragen. Sie ist sicher gut beraten, wenn sie an diese historischen Leistungen anknüpft.

Ich bin überzeugt, dass das liberale Gedankengut nach wie vor Zukunft hat – auch eine Kultur der Offenheit, Toleranz und Grosszügigkeit. Eine Politik ist für mich dann liberal, wenn sie sich erstens für gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft einsetzt, d. h. für Rahmenbedingungen, die dieser möglichst viel Freiheit und Gestaltungsraum lassen. Von einer liberalen Politik erwarte ich zweitens, dass sie für eine nach innen und aussen offene und tolerante Gesellschaft sorgt, in der die Chancengleichheit, die Entfaltungsmöglichkeiten für alle, Gerechtigkeit und Sicherheit vor Not und Gewalt prioritäre Anliegen sind. Eine solche Politik vertreten unsere beiden Bundesräte Pas-



Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz äusserte sich während der Fragestunde am 18. Dezember 2006 im Nationalrat.

Bild: Keystone

cal Couchepin und Hans-Rudolf Merz auf hervorragende Weise.

Eine liberale Gesellschaftspolitik vertraut den Bürgerinnen und Bürgern und geht davon aus, dass sie für sich selbst und für ihr Umfeld Verantwortung übernehmen und bereit sind, Leistungen zu erbringen. Gute Leistungen sollen honoriert und vor allem anerkannt werden. Es gilt aber auch zu akzeptieren, dass nicht alle unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Lage sind, mit eigener Kraft für sich selbst zu sorgen. Sie sind deshalb nicht weniger wertvoll und sollen dafür nicht in eine Ecke gestellt, sondern von den Leistungsfähigeren unterstützt und miteinbezogen werden.

Liberales Gedankengut

Das liberale Gedankengut ist nach wie vor aktuell und das Potenzial für liberale Wählerinnen und Wähler gross. Dieses Potenzial

muss besser ausgeschöpft werden, und zwar in doppelter Hinsicht. Unsere Basis sind die verantwortungsvollen Unternehmerinnen und Unternehmer, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden – weit mehr als die Manager. Sie gilt es zurückzugewinnen, ebenso wie die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich mit ihrem Arbeitgeber identifizieren und für ihre Betriebe und Behörden ausgezeichnete Leistungen erbringen. Schliesslich muss unser Wählerpotenzial auch wahlstrategisch besser ausgeschöpft werden, damit sich die uns zufallenden Stimmen auch in Sitzen auszahlen, z. B. in drei Sitzen mehr in den letzten Wahlen. Ich bin für wahlarithmetische Tipps zu haben!

Die neue Legislatur bietet zahlreiche Chancen für eine echt liberale Politik. Dazu gehört auch, für die Lösung der anstehenden grossen Fragen kluge Allianzen einzugehen. Vor allem ergibt sich die Chance, nicht gegen etwas oder gegen jemanden zu kämpfen, sondern für intelligente Lösungen. Dazu wünsche ich der FDP viel Glück und Erfolg.

Ich verlasse Ende Jahr das Bundeshaus mit Dankbarkeit für die spannenden Aufgaben, die ich wahrnehmen durfte. Ich danke der FDP, dass sie mir die Türen dafür geöffnet hat. Ich werde auch in Zukunft – wenn auch von einer anderen Warte aus – die freisinnige Politik mitverfolgen und bin gerne bereit, wenn nötig Hand anzulegen.

Rückblick

Impressionen aus dem Leben einer Bundeskanzlerin...



Die neue Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz (links) und Bundespräsident Adolf Ogi (rechts) bereiteten sich auf die erste Bundesratssitzung im Jahr 2000 vor.

Bild: Reuters



Neue Bundeskanzlerin: Annemarie Huber-Hotz.

Bild: Edouard Rieben



Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz studierte im Mai 2006 während der Debatte zur Legislaturplanung in der Session des Nationalrats in Bern ihre Akten.

Bild: Keystone



Bundesrat Pascal Couchepin und Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz auf dem Weg zur ersten Bundesratssitzung des Jahres 2004 in neuer Zusammensetzung.

Bild: Reuters



Parteipräsident Fulvio Pelli, Annemarie Huber-Hotz und Felix Gutzwiller (v. l. n. r.) anlässlich des Parteitages der FDP Schweiz im Herbst 2007.

Einladung

Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz

Samstag, 1. März, in Chur, 9.45 bis ca. 14.30 Uhr

Provisorisches Programm

- 9.45–10.15 Uhr Eintreffen der Teilnehmerinnen/Gäste
Begrüssungskaffee/Abgabe der Stimmkarte
- 10.15 Uhr **Ansprache der Präsidentin**,
Regierungsrätin Marianne Dürst
- Statutarische Geschäfte**
- «Tops und Flops», Auftritt und Abschneiden
der (liberalen) Frauen bei den eidgenössischen
Wahlen 2007. Vergleich mit der Entwicklung
seit der Einführung des Frauenstimmrechts.**
- Referat von Dr. Werner Seitz, Leiter Sektion Poli-
tik, Kultur und Medien, Bundesamt für Statistik
Prioritäten 2011**
- Schlusswort der Präsidentin**
- ab ca. 13.30 Uhr **Stehlunch**
(Kosten zu Lasten der Teilnehmerinnen)

Die Generalversammlung und der anschliessende Stehlunch finden im Carvensaal, Sozialversicherungsanstalt des Kantons Graubünden, statt. Die Veranstaltung ist öffentlich: Alle interessierten Damen und Herren sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei. Die Kosten für den Stehlunch gehen zu Lasten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldung bis 25. Februar 2008 an: event@fdp-frauen.ch oder per Post oder Fax an FDP-Frauen Schweiz, z. H. Barbara Perriard, Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern; Fax 031 320 35 00.

Anmeldetalon

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Wohnort: _____

Mitglied FDP-Frauen: _____

Mail: _____

- Ich nehme an der GV teil
- als Delegierte der FDP-Frauen
 - Einzelmitglied
 - Gast

Ich nehme am Stehlunch teil.

Folgende Personen sind an der ord. Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz stimmberechtigt:

- die Delegierten/Stellvertreterinnen der angeschlossenen freisinnigen Frauengruppierungen
- Einzelmitglieder
- Mitglieder der Geschäftsleitung

Die Präsidentinnen der freisinnigen Frauengruppierungen sind gebeten, ihre Delegierten persönlich einzuladen. (d. h., es werden seitens der FDP-Frauen Schweiz keine Einladungen direkt an die Delegierten versandt!)

Entdecken Sie Chur

Das Romantik-Hotel Stern bietet für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Generalversammlung Zimmer zu guten Konditionen an (EZ Fr. 125.– inkl. Frühstück). Das Hotel liegt in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs und des Calvensaals, wo die Generalversammlung stattfindet. Reservationen sind direkt beim Hotel mit dem Vermerk «GV FDP-Frauen 2008» vorzunehmen.

Romantik Hotel Stern, Reichsgasse 11, 7000 Chur; Tel. 081 258 57 57, www.stern-chur.ch



Stilvoll im Romantik-Hotel Stern nächtigen.

Schweizer Waffenpolitik am Wendepunkt?

Das sinnlose Tötungsdelikt an einer jungen Lehrtochter erschüttert die Schweiz. Damit erfährt auch die Ausrichtung der Waffenpolitik eine zusätzliche emotionale Dimension.

Von Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz

So unfassbar das Geschehene auch ist, so gebietet sich doch ein sachlicher und unvoreingenommener Umgang mit der Thematik. Der Versuchung, tragische Ereignisse für politische Zwecke zu instrumentalisieren, gilt es unbedingt zu widerstehen. Es wäre falsch, Soldaten unter Generalverdacht zu stellen oder leichtfertig als potenzielle Gefahrenquelle zu brandmarken. Kein Verständnis verdienen aber auch jene Kräfte, die die Augen angesichts der jüngsten traurigen Ereignisse verschliessen, die ernsthafte Auseinandersetzung verweigern oder gar weiter zum zivilen Ungehorsam aufrufen. Das Verharren im ideologischen Schützengraben bringt die Schweiz nicht weiter.

Geringe militärische Bedeutung

Worum geht es? Die FDP-Frauen Schweiz stehen zur Miliz und zur militärischen Landesverteidigung. Im Zentrum der Diskussion soll und muss deshalb die Frage stehen, ob es aus sicherheitspolitischen Überlegungen und damit aus militärischen Gründen noch sinnvoll und nötig ist, dass Armeeangehörige ihre Waffen zu Hause aufbewahren. Die heutige Bedrohungslage lässt den Schluss zu, dass die Frage der Aufbewahrung militärisch relativ bedeutungslos ist. Dass die Mobilisierung und die Einsatzbereitschaft der Armee bei einer Lageverschärfung massgeblich von der Aufbewahrung der Ordonanzwaffe durch den Wehrpflichtigen selber abhängen sollen, ist für den interessierten Laien nur schwer nachvollziehbar – und überdies nicht dazu angetan, das Vertrauen in die Schweizer Wehrkraft zu stärken.

Sicherheitsrisiko versus Sicherheitsgewinn

Es ist ein Faktum, dass die Verfügbarkeit der Waffe bei Taten im Affekt eine massgebliche Rolle spielt. Somit stellt das Sturmgewehr im Schrank vielmehr ein Sicherheitsrisiko denn ein Sicherheitsgewinn dar. Wenn es dazu beitragen kann, häusliche Gewalt und sinnlose Bluttaten zu verhindern, so ist es richtig, die Armeewaffe nicht zu Hause, sondern im Zeughaus aufzubewahren. Die FDP-Frauen haben anlässlich ihrer Präsidentinnenkonferenz im Mai dieses Jahres einstimmig einen entsprechenden Entschluss gefasst.

Nicht im Schützengraben verharren

Die Idee der Lagerung der Armeewaffen im Zeughaus findet insbesondere bei Frauen, zunehmend aber auch bei Männern breite Zustimmung. Die Präsidentinnen der kantonalen und regionalen FDP-Frauengruppen werden anlässlich ihrer Konferenz vom 7. Dezember über das weitere Vorgehen beraten und sich dabei auch mit der lancierten Waffeninitiative auseinandersetzen.

Interessengruppierungen und Vereine, welche die Lagerung der Armeewaffen im Zeughaus mit allen Mitteln verhindern wollen, täten gut daran, die Zeichen der Zeit ernst zu nehmen und ihre starre Position zu überdenken. Ansonsten laufen sie Gefahr, dass die Schweizer Waffenpolitik eine Wendung erfährt, die bedeutend einschneidender sein könnte als die Aufbewahrung der Ordonanzwaffen im Zeughaus.

Erika Forster glänzend bestätigt

(bp) Die Stimmberechtigten des Kantons St. Gallen haben ihre Wahl für die Vertretung im Stöckli getroffen: FDP-Frau Erika Forster wurde im 2. Wahlgang am 25. November mit einem Topresultat im Amt bestätigt. Damit haben die Wählerinnen und Wähler Erika Forsters hervorragenden Leistungsausweis und ihr langjähriges Engagement honoriert. Die FDP-Frauen Schweiz gratulieren ganz herzlich!

Mit dem Entscheid des St. Galler Soveräns sind nun auch für die FDP-Frauen Schweiz die Wahlen 2007 zu Ende. Wir stellen mit Freude und nicht ohne Stolz fest, dass sämtliche National- und Ständerätinnen mit Glanzresultaten gewählt respektive im Amt bestätigt worden sind und neue Frauen-Sitze hinzugewonnen werden konnten. Die Deputation der liberalen Frauen geht somit gestärkt aus den eidgenössischen Wahlen hervor.

Die FDP-Frauen, die als einzige Frauengruppe einen nationalen Wahlkampf geführt haben, werden die Ergebnisse in den kommenden Wochen genau analysieren und anlässlich der Generalversammlung vom 1. März 2008 in Chur Entscheide zum weiteren Vorgehen treffen.

Time to say good-bye – and thank you!



Annemarie Huber-Hotz



Christiane Langenberger



Trix Heberlein

(bp) Gleich mehrere prominente freisinnige Exponentinnen treten auf Ende der Legislatur von der politischen Bühne ab: Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz, die Ständerätin und vormalige Nationalratspräsidentin Trix Heberlein (ZH), die Ständerätin und ehemalige Parteipräsidentin Christiane Langenberger (VD) sowie Ständerätin Françoise Saudan (GE).

Sie alle haben während vielen Jahren Familie und Politik unter einen Hut gebracht. Jede hat sich auf ihre Weise für die Frauen und den Freisinn engagiert und dabei Grossartiges geleistet. Annemarie Huber-Hotz, Trix Heberlein, Christiane Langenberger und Françoise Saudan gebührt unser grosser und herzlicher Dank! Wir hoffen fest, dass diese herausragenden Exponentinnen auch über das Ende ihrer politischen Karriere hinaus mit den FDP-Frauen verbunden bleiben.

Minderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung: Positive Signale aus Zürich und Basel

In der Schweiz besteht eine wirtschaftliche Doppelbelastung: Der erwirtschaftete Gewinn einer Kapitalgesellschaft wird zunächst der Gewinnsteuer unterworfen, d. h. beim Unternehmen besteuert. Anschliessend wird der Gewinn, soweit als Dividende ausgeschüttet, auch beim Anteilshaber mit der Einkommenssteuer erfasst.

Von Stefano Rizzi, Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Schweiz

Wie man sich einfach vorstellen kann, kurbelt diese Situation die Verteilung der Gewinne nicht wirklich an. Anstatt Steuern zu zahlen, gemässigte, und im Wirtschaftskreislauf die Gewinne zurückzubringen, gehen viele kleine und mittlere Unternehmen in die Richtung, die Unternehmensgewinne zurückzuhalten, was unter anderem unnötig die Bilanz belastet und die Planung einer Nachfolgeregelung schwieriger macht.

Viele Kantone haben entschieden, die nationale Lösung vorwegzunehmen, welche mit der Unternehmenssteuerreform II unter anderem ebenfalls zum Ziel hat, gerade diese schädliche steuerliche Praxis zu mindern. Vergangene Woche haben weitere zwei Kantone, Zürich und Basel, in einer Abstimmung einer Änderung der steu-



Stefano Rizzi

erlichen Gesetzgebung zugestimmt, mit der der steuerliche Druck auf die kleinen und mittleren Unternehmen verringert werden soll: Dividenden sollen bei Personen, die mehr als 10 Prozent eines Unternehmens besitzen, neu nur noch mit 50 Prozent besteuert werden. Diese zwei Kantone folgen nun einer Reihe weiterer Kantone, bei de-

nen eine Teilbesteuerung von Dividenden bereits vorgesehen ist. Im Kanton Glarus müssen nur 20% der Dividenden und Gewinnausschüttungen besteuert werden, im Kanton Schwyz 25%, im Kanton Aargau und im Kanton Uri 40%, in Appenzell Innerrhoden 45%, in den Kantonen Graubünden, Luzern, Obwalden, Nidwalden, St. Gallen, Schaffhausen und Thurgau 50%, in Appenzell Ausserrhoden 60% und in Zug 70%. Die Mindestbeteiligung an einem Unternehmen, die man haben muss, um von dieser Steuererleichterung profitieren zu können, variiert je nach Kanton zwischen 5% und 20%.

Wie man sehen kann, haben offenbar viele Kantone die Wichtigkeit einer ähnlichen Reform erkannt. Im Vorfeld der kommenden Abstimmung vom 24. Februar 2008, bei der das Schweizer Volk über die Unternehmenssteuerreform II abstimmen wird, muss nun

auch der Kanton Tessin die Zeit finden, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Insbesondere muss die Politik die Informationen, wissenschaftlichen Studien und nötigen Daten bekommen, um die Möglichkeit zu nutzen, die Mehrheit des Kantons zu erreichen, um sogar zu vermeiden, dass Entscheidungen verzögert werden, die für neue, aber auch bereits existierende Unternehmen wichtig für die Standortwahl sind. Verbesserte Rahmenbedingungen im Bereich der Unternehmenssteuer nützen nicht nur den schon heute im Kanton Tessin angesiedelten Unternehmen, sondern sie werden auch die Beibehaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und neue Investitionen anregen. Bessere Rahmenbedingungen sind somit ein wichtiges Element, um die Standortattraktivität gegenüber der immer stärker werdenden Konkurrenz verbessern zu können.

Die Krippe Jesus ist illegal

Vor rund 2000 Jahren wurde Jesus in Bethlehem in einem Stall zur Welt gebracht. Wäre es heute vorstellbar, dass Jesus im Jahr 2007 in einem Stall, umgeben von einem Zimmermann und einigen Hirten, geboren wird?

Von Philippe Nantermod, Vizepräsident Jungfreisinnige Schweiz

Vor rund 2000 Jahren wurde Jesus in Bethlehem zur Welt gebracht. Wir alle kennen die Geschichte: Zwischen Ochs und Esel schläft das kleine Kind. Daneben sitzen Maria und Joseph und passen auf ihn auf. Über dem Stall

zieht ein grosser Stern mit einem Schweif vorbei. Ein paar Hirten sehen diesen Stern und kommen genauso vorbei wie später drei heilige Könige, die dem Jesuskind Geschenke bringen. All dies geschieht in einem Stall. Es scheint, als hätten die Krippen im Jahre 0 eine andere Gestalt als heute.

Könnte man sich vorstellen, dass Jesus im Jahr 2007 in einem Stall, umgeben von einem Zimmermann und einigen Hirten, geboren wird? Nicht wirklich. Bereits die sanitären Bedingungen und der zu kleine Spielraum für das Kind würden ohne Zweifel dazu führen, dass der Stall von der Verwaltung ge-

schlossen sowie die Hälfte der Hauptfiguren der Weihnachtsgeschichte verhaftet würden. Das kleine Jesuskind würde in eine spezialisierte Einrichtung gebracht werden.

Dies zeigt die Problematik, wie sie heute besteht. Die aktuelle Überreglementierung steht einer



Ein Stall: Geburtsstätte von Jesus.

privatwirtschaftlichen Lösung der Krippen im Weg. Für die Jungfreisinnigen Wallis stellt sich die Frage, ob es den Staat wirklich benötigt oder ob nicht umgekehrt gerade der Staat es ist, der die Probleme im Zusammenhang mit dem Aufbau von Krippen verursacht. Die gesetzlichen Vorschriften, um eine Kinderkrippe zu errichten und betreiben zu können, sind derart hoch, einengend und bürokratisch, dass dem unternehmerischen Spielraum kaum Platz bleibt.

Ein erster Versuch der Jungfreisinnigen Wallis, die Regulierungen zu vereinfachen, betraf die Frage der Qualifikation des Personals. Offenbar ist man heutzutage der Meinung, dass Kinder nur von Personal betreut werden kann, welches eine höhere Schulausbildung genossen hat. Die Jungfreisinnigen Wallis sind aber der Meinung, dass eine Familienmutter, die ihre eigenen Kinder während Jahren aufgezogen und erzogen hat, fähig ist, in einer Krippe als qualifiziertes Personal zu arbeiten, unabhängig von ihrer schulischen Bildung. Daher wollten sie mit einem Postulat im Kantonsrat erreichen, dass den Müttern ihre Lebenserfahrung als Berufserfahrung anerkannt wird.

Die Linken haben sich diesem Postulat widersetzt und damit eine pragmatische Lösung für mehr unbürokratische Krippen verhindert. Die konservative Rechte auf der anderen Seite war der Meinung, dass das Problem nicht bestehe, da die Frau an den Herd und ins Haus gehöre und sich der eigenen Kindererziehung zu widmen habe.

Die unheilige Allianz von staatsgläubigen linken Regulierungsfanatikern sowie realitätsfernen konservativen Rechten führt wieder einmal dazu, dass das Problem auf die lange Bank geschoben wird. Das Ergebnis einer solchen Politik ist sowohl für Familien, die Wirtschaft und die Beschäftigungspolitik von Nachteil. Die Jungfreisinnigen werden aber weiterkämpfen für eine liberale Sozialpolitik! Eine Sozialpolitik, die Privaten den unternehmerischen Raum lässt, auch marktwirtschaftliche Lösungen für soziale und gesellschaftliche Herausforderungen zu finden.

Parlament

Die alte und die neue Legislatur

Von Christa Markwalder Bär,
Nationalrätin

Als ich vor vier Jahren in den Nationalrat gewählt wurde, war die politische Stimmung gereizt. Die SVP setzte mit ihrem Ultimatum, Christoph Blocher in den Bundesrat zu wählen, nicht nur die anderen Parteien unter Druck, sondern stellte auch die bewährte schweizerische Konkordanz in Frage. Es war kein schöner Einstieg, zu Beginn der Legislatur die Abwahl einer jungen Bundesrätin mitzuerleben. Doch glücklicherweise überwogen in der Folge die positiven Erlebnisse die negativen bei weitem. Rückblickend war meine erste Legislatur unter der Bundeshauskuppel äusserst spannend und lehrreich. Sowohl sachpolitisch als auch juristisch und nicht zuletzt menschlich habe ich enorm viel lernen können. Die Bedeutung der zwischenmenschlichen Zusammenarbeit, aber auch Auseinandersetzung wird oft etwas vergessen, dabei machen Menschen Politik für Menschen.

Politisch war es mit den erstarken Polparteien im Nationalrat sicher nicht immer einfach, doch

wichtige Schritte für eine offene Schweiz (Schengen, Personenfreizügigkeit, Osthilfegesetz), eine intelligente Schweiz (Bildungsverfassung, Fachhochschulgesetz), eine wachsende Schweiz (Entlastungsprogramme, Patentgesetz) sowie eine gerechte Schweiz (5. IV-Revision) stimmen mich zuversichtlich für die Zukunft. Die Jungfreisinnigen haben mit ihren Wahlkampfthemen Generationengerechtigkeit, Arbeit und Bildung sowie Ressourcen auf jene Themen gesetzt, die in der kommenden Legislatur sehr hohe Priorität haben. Nachdem Parlament und Bundesrat meine Motion für eine Generationenverträglichkeitsprüfung angenommen haben, soll die Generationengerechtigkeit eine neue Leitschnur für Beschlüsse des Parlaments werden. Die Sicherung der Sozialwerke, die Energieversorgung wie auch die Europapolitik werden das neue Parlament fordern. Denn es ist unsere Aufgabe, aktuelle Probleme zu lösen und für die Herausforderungen der Zukunft die Weichen rechtzeitig in die richtige Richtung zu stellen.



Christa Markwalder Bär

Eine nachhaltige Finanzpolitik ist gefragt

Eine nachhaltige Finanzpolitik sorgt für Stabilität und begünstigt das Wirtschaftswachstum. Sie fördert damit die Beschäftigung, die Wohlfahrt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die nachhaltige Finanzpolitik wird durch ein mittelfristig ausgeglichenes Bundesbudget, eine tiefe Verschuldungsquote sowie eine im internationalen Vergleich niedrige Staats- und Steuerquote erreicht.

Die hohen Defizite und der rasante Anstieg der Bundesschulden in den neunziger Jahren drohten die Bundesfinanzen aus dem Ruder laufen zu lassen. Eine Sanierungsstrategie war unumgänglich. Mit der Einführung der Verfassungsbestimmung zur Schuldenbremse wurde die Grundlage dazu gelegt. Diese Fiskalregel auf Bundesebene verlangt, dass die Finanzierung der Ausgaben durch Einnahmen sichergestellt wird. Damit wird die Hauptursache der Verschuldung angegangen, namentlich die Finanzierungsdefizite.

Die Stabilisierung der Bundesschulden und eine langfristig wachstumsfreundlich ausgerichtete Finanzpolitik benötigen jedoch weitergehende Massnahmen.

Ein beachtlicher Teil der Staatsverschuldung in den neunziger Jahren stammt von ausserordentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Bereinigung von Alt-

Einnahmen und Ausgaben Voranschlag 2007/Voranschlag 2008

in Mrd CHF	VA 2007	VA 2008	Δ % 2007/2008
Einnahmen	56,0	58,0	3,5%
ordentliche Ausgaben	55,1	56,8	3,1%
Überschuss	0,9	1,2	
davon konjunkturell	0,5	0,8	
davon strukturell	0,4	0,4	

lasten. Obwohl die Bereinigung von Altlasten heute zum grössten Teil abgeschlossen ist, werden in Zukunft immer wieder punktuelle ausserordentliche Ausgaben anfallen. So zeichnet sich in der Finanzplanperiode 2008–2010 ein weiterer ausserordentlicher Zahlungsbedarf von mehreren Milliarden ab. Eine nachhaltige finanzpolitische Strategie muss sicherstellen, dass der Bundeshaushalt

mittelfristig auch unter Einschluss des ausserordentlichen Zahlungsbedarfs ausgeglichen bleibt. Die FDP hat einen Vorstoss eingereicht, welcher diese Ausgaben auch ins Budget einbeziehen wird. Damit werden die Staatsfinanzen transparenter.

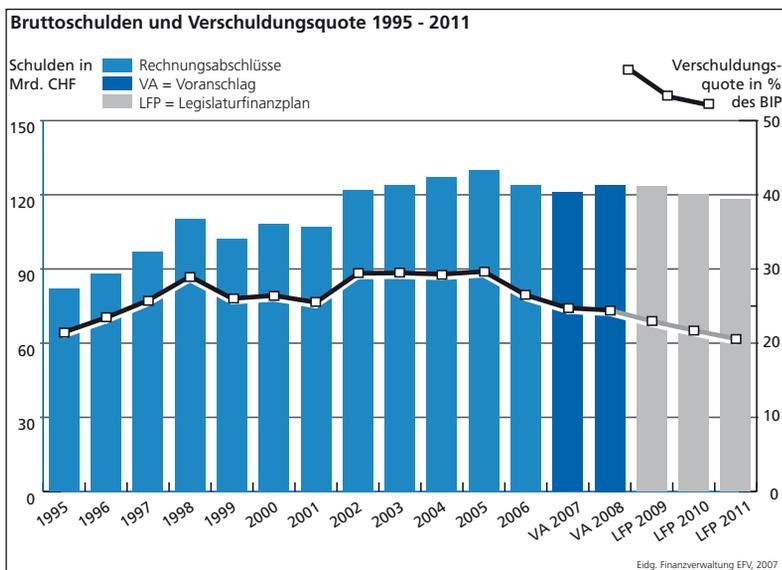
Neue Bundesschulden verhindern – Schuldenbremse stärken

Damit die Schuldenbremse längerfristig zum Einsatz kommt, müssen Reformen eingeleitet werden, welche die Ausgabendynamik des gesamten Bundeshaushalts verringern. Gleichzeitig muss die Finanzpolitik mit einer gezielten und konsequenten Prioritätensetzung in den Dienst einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik gestellt werden. Dies soll durch eine systematische Aufgabenüberprüfung geschehen: Gestützt auf ein Portfolio mit 18 Aufgabenbereichen und 43 Aufgaben wird der Bundesrat mögliche Aufgabenverzichte und -reduktionen prüfen und untersuchen, wo mit Reformen eine Entlastung des Bundeshaushalts erzielt werden kann. Ziel ist die Stabilisierung der Staatsquote bis 2015.

Voranschlag 2008

Unter der Führung von Finanzminister Hans-Rudolf Merz hat der Bundesrat einen Voranschlag 2008 verabschiedet, der mit einem Überschuss von über einer Milliarde Franken abschliesst und die Vorgabe der Schuldenbremse um 400 Millionen übertrifft. Die Ausgaben wachsen um 3,1 Prozent. Das Ausgabenwachstum liegt damit unter dem nominellen Wirtschaftswachstum von 3,4 Prozent. Den Legislaturfinanzplan für die Jahre 2009 bis 2011 hat der Bundesrat weitgehend bereinigt. Auch dieser weist durchwegs schwarze Zahlen auf. Das durch die Aufgabenerfüllung bedingte durchschnittliche jährliche Ausgabenwachstum liegt für diesen Zeitraum mit 2,4 Prozent unter dem erwarteten Wirtschaftswachstum von 3 Prozent. Die definitive Verabschiedung des Legislaturfinanzplans erfolgt zusammen mit der Legislaturplanung Anfang 2008.

58 Milliarden Einnahmen stehen im Voranschlag 2008 knapp 56,8 Milliarden Ausgaben gegenüber. Daraus resultiert der Überschuss von knapp 1,2 Milliarden.



**Ausserordentlicher Haushalt:
Zahlungsbedarf
über 5 Milliarden**

2008 ist mit einem ausserordentlichen Zahlungsbedarf von insgesamt 5,3 Milliarden zu rechnen, die nicht den Vorgaben der Schuldenbremse unterliegen. Zu diesen Ausgaben zählen:

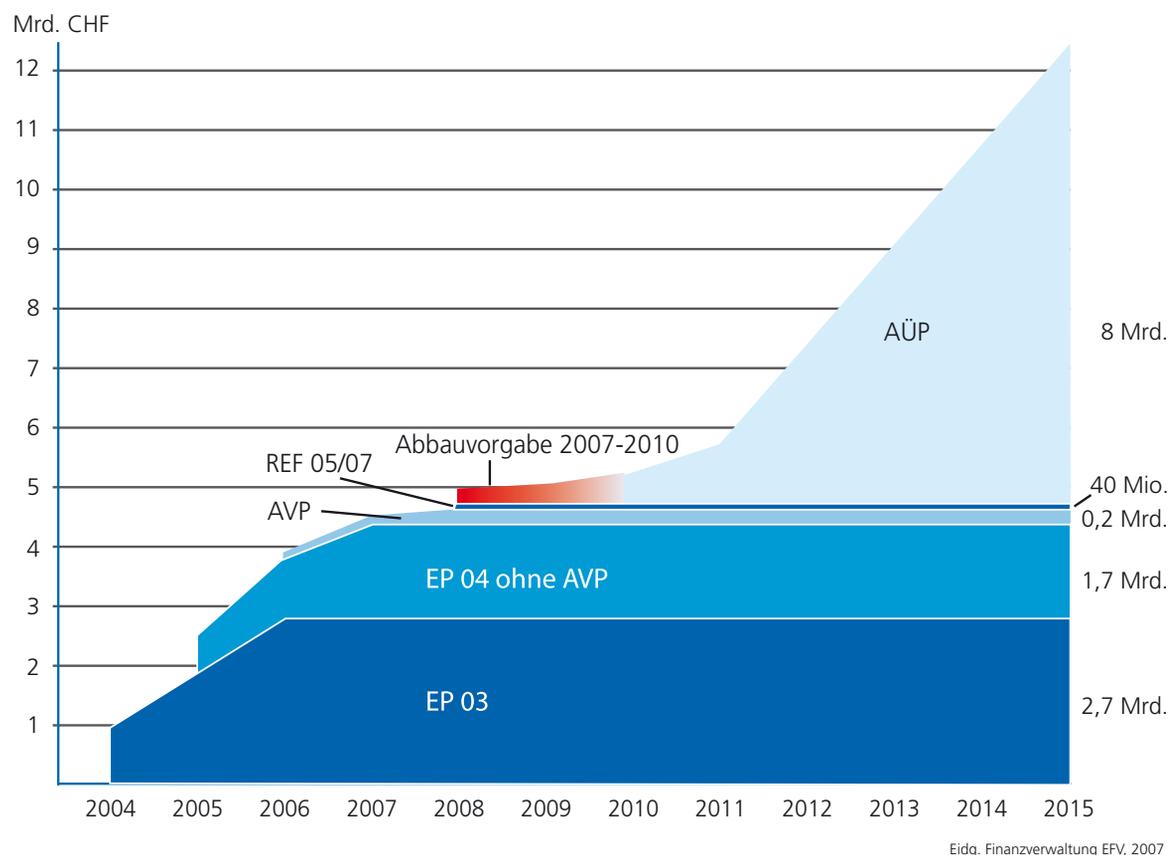
- Ersteinlage in der Höhe von 2,6 Milliarden für den Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr, das Nationalstrassennetz sowie für Hauptstrassen im Berggebiet und in den Randregionen
- einmalige Einlage in die Publica von 900 Millionen zur Finanzierung des fehlenden Deckungskapitals für die Alters- und IV-Rentner
- einmalige Zahlungsspitze von 120 Millionen wegen des Wechsels im Asyl- und Flüchtlingsbereich von einem nachschüssigen zu einem periodengerechten Auszahlungsmodus
- eine Zahlungsspitze von 1,7 Milliarden im Zusammenhang mit der Einführung der NFA (Änderungen in den Finanzierungssystemen: Wechsel von nachschüssigen zu periodengerechten Auszahlungen)

**Legislaturfinanzplan
2009-2011**

Neben der Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse ist die Stabilisierung der nominellen Schulden eine zentrale Aufgabe. Der hohe ausserordentliche Zahlungsbedarf im Voranschlag 2008 von 5,3 Milliarden setzt für die folgenden Jahre Überschüsse voraus, welche die Vorgabe der Schuldenbremse übertreffen. Dieses Ziel scheint aus heutiger Sicht erreichbar. Die Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2011 sieht kumulierte Überschüsse von knapp 3,9 Milliarden vor. Um dieses Ergebnis zu erreichen, sind allerdings Einsparungen von insgesamt 1,8 Milliarden umzusetzen. Der grösste Teil, 1,2 Milliarden, sind 2011 abzubauen. Spätestens ab diesem Zeitpunkt müssen erste Massnahmen aus der Aufgabenüberprüfung greifen.

Ausgabenseitige Entlastungen 2003 - 2015

Ziel: Stabilisierung der Staatsquote



Mit dem **Entlastungsprogramm 2003 (EP 03)** haben die eidgenössischen Räte in der Wintersession 2003 Einsparungen von gut 1 Milliarde (2004), 2 Milliarden (2005) und 3 Milliarden (2006) beschlossen. Sie betrafen schwergewichtig die sechs grossen Aufgabengebiete des Bundes.

Das **Entlastungsprogramm 2004 (EP 04)** wurde in der Sommersession 2005 verabschiedet. Dieses beinhaltet ausgabenseitige Entlastungen von 1,802 Milliarden im Jahr 2008 (2006: 1 Mrd.; 2007: 1,7 Mrd.) beziehungsweise Mehreinnahmen in der Höhe von 100 Millionen 2008 und 2007 (2006: 50 Mio). Auch das EP 04 setzt im Wesentlichen auf der Ausgabenseite an.

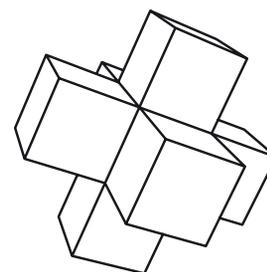
Die **Aufgabenverzichtsplanning (AVP)** der Verwaltung ist ein Bestandteil des EP 04. Sie verpflichtet die Verwaltung, Organisationen zu straffen, Abläufe und Strukturen zu verbessern und auf gewisse Verwaltungsaufgaben zu verzichten. Mit ca. 160 Massnahmen trägt die AVP rund 190 Millionen zum Entlastungsvolumen des EP 04 bei.

Mit der **Verwaltungsreform (REF 05/07)** will der Bundesrat die Verwaltungsführung stärken. Dazu sollen Prozesse vereinfacht, Abläufe besser strukturiert und Strukturen gestrafft werden.

Abbauvorgabe: Mit Massnahmen zu füllende Sparvorgabe an die Departemente und die Bundeskanzlei (Vorwirkung auf die Aufgabenüberprüfung).

Die **Aufgabenüberprüfung (AÜP)** ist ein strategisches Projekt zur dauerhaften Entlastung und strukturellen Optimierung des Bundeshaushalts. Zwei Ziele stehen im Vordergrund: Erstens soll mit der Begrenzung des Ausgabenwachstums die Staatsquote stabilisiert und finanzpolitischer Handlungsspielraum geschaffen werden. Zweitens soll die Ausgaben- und Aufgabenstruktur des Bundes mit einer konsequenten Prioritätenbildung im Sinn einer nachhaltigen Finanzpolitik gestrafft werden. Zielhorizont ist das Jahr 2015.

fen. Bis 2011 wachsen die Einnahmen mit durchschnittlich 3,7 Prozent stärker als das nominelle BIP (3,1 Prozent). Die Ausgaben steigen gemäss heutigem Planungsstand bis 2011 auf rund 63 Milliarden. Das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 3,4 Prozent für die Jahre 2007 bis 2011.



Ständerat

12 Fraktionsmitglieder



Egerszegi Christine



AG Altherr Hans



AR Schiesser Fritz



Wurde zum ETH-Präsidenten gewählt und wird per Ende Jahr sein Amt niederlegen.



GL Leumann Helen



LU



Burkhalter Didier



NE Hess Hans



OW



Forster Erika



SG



SG Briner Peter



SH



Büttiker Rolf



SO Marty Dick



TI



Schweiger Rolf



ZG



Gutzwiller Felix



ZH

Wettbewerbsfähigkeit der KMU stärken

Als Co-Präsident des Komitees «Ja zur KMU-Steuerreform» setze ich mich an vorderster Front für ein Ja am 24. Februar 2008 ein. Als Unternehmer weiss ich aus eigener Erfahrung, was auf dem Spiel steht.

Von Markus Hutter, Nationalrat und Inhaber der Hutter Auto Winterthur

Wie wesentlich Erleichterungen in betrieblichen Übergangsphasen aus volkswirtschaftlicher Sicht sind, zeigt die Tatsache, dass gut 70% aller Arbeitnehmer und gut 80% aller Lehrlinge in KMU beschäftigt sind.

Unternehmensnachfolge

Die Problematik der Unternehmensnachfolge wird durch eine aktuelle Studie von Dun & Bradstreet belegt. In 36 000 KMU-Betrieben ist der Inhaber älter als 60 Jahre. Insgesamt sind rund 52 000 Unternehmen mit 270 000 Mitarbeitenden von der Herausforderung der Nachfolgeregelung betroffen. Auch in meinem eigenen Betrieb mit 100 Mitarbeitenden, davon über 20 Lehrlingen, ist die Unternehmensübergabe ein Thema.

Die Übergangsphase ist immer ein existenzkritischer Vorgang in den Betrieben, weil sich in der Regel nicht nur die Unternehmensleitung, sondern auch die Besitzverhältnisse ändern. Das aktuelle Steuersystem erschwert aber die Nachfolgeregelung, anstatt diese zu erleichtern. So erhöhen beispielsweise einbehaltene Gewinne den Substanzwert über die Jahre entscheidend. Das daraus resultierende unvorteilhafte Verhältnis zwischen Ertrags- und Substanzwert hält manchen potenziellen Investor fern. Eine Nachfolge ist schwierig.

Unter diesen Vorzeichen kann die Herausforderung des bevorstehenden Generationenwechsels bei den KMU nur schwer bewältigt werden – mit unabsehbaren Folgen für Arbeitsplätze und Lehrstellen. Die negativen Konsequenzen einer zu spät erfolgten Nachfolgeplanung



Markus Hutter

kann im Extremfall bis zur Liquidation und zu der Entlassung der Mitarbeiter führen. Gegen 20 000 Lehrstellen- und Arbeitsplätze verschwinden jährlich infolge ungelöster oder gescheiterter Nachfolgeregelungen. Auf alle Fälle, dies belegt die Studie, führt die Unsicherheit dazu, dass geplante und notwendige Investitionen nicht getätigt werden. Darunter leidet die Innovationstätigkeit und letztendlich die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes.

Neuausrichtung und Umstrukturierungen

Steuerliche Hindernisse blockieren aber nicht nur Nachfolgeregelungen, sondern verhindern auch Umstrukturierungen von Betrieben. Das bisherige Erfordernis der Funktionsgleichheit von Ersatzbeschaffungen führt dazu, dass eine Neuausrichtung steuerlich bestraft wird. Der Staat wirkt strukturerhaltend und behindert Investitionen in neue Geschäftsfelder. Ein kleines Beispiel soll die Problematik verdeutlichen: Will ein Unternehmer einen Lastwagen verkaufen, so muss er den Verkaufserlös als Kapitalgewinn versteuern. Nach geltendem

Recht kann er das Geld nur dann steuerneutral wieder investieren, wenn er wiederum einen Lastwagen erwirbt (Erfordernis der Funktionsgleichheit). Möchte er aber seinen Betrieb neu ausrichten und beispielsweise in eine EDV-Anlage investieren, so muss er mit Steuerfolgen rechnen.

Steuerreform behebt Steuerhindernisse

Genau hier setzt die KMU-Steuerreform an. Sie beseitigt einerseits steuerliche Hindernisse, welche die Nachfolgeproblematik akzentuieren. Andererseits erleichtert die Revision Neuorientierungen und betriebliche Strukturanpassungen, indem Steuern «im falschen Moment» aufgehoben werden. Der Abbau dieser Hindernisse ermöglicht einen Innovationsschub und löst blockierte Nachfolgeregelungen.

Unverzichtbare Reform

Die KMU-Steuerreform ist ein unverzichtbares Element, um die Wettbewerbsfähigkeit der KMU zu stärken. Die heutigen steuerlichen Hindernisse beeinflussen unternehmerische Entscheide oft negativ. Mit der Steuerreform werden die besonders gravierend wirkenden Systemfehler und steuer-

lichen Fehlanreize bei der Unternehmensnachfolge und bei Umstrukturierungen aufgehoben. Dadurch profitieren letztendlich nicht nur die Unternehmerinnen und Unternehmer, sondern alle insgesamt über zwei Millionen Mitarbeitenden und Lernenden in den hiesigen KMU.

Agenda

Januar 2008

- 18. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 19. a. o. Delegiertenversammlung (Rapperswil-Jona)

Februar 2008

- 1.–2. Fraktionsseminar
- 22.–23. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 24. Eidg. Abstimmungen

2007: Rückblick auf Turbulenzen

	fließt zur Mosel	↓	sie hat 2007 auch Tennis gespielt	↓	Loch im Schiffsdeck kleine Nebenkosten	↓	Stand bei fehlenden Argumenten	↓	ausgeplauderte Geheimnisse vor Wahlen	↓	Dorf, das sich gegen den Bischof erhob	↓	so ist auch die politische Farbpalette	↓	in der Politik oft angeschlagene Kunstform	↓
war der 1. Augusterfolg von Calmy-Rey	gefühls-mässige Vermutung	→		↓		↓		↓		↓	West im Schweizer Westen	→				1
Weltmeister der Formel 1 Raser		→							3					gibt immer zu reden, Schmidts Truppe	↓	sie gackern ohne politische Vorkenntnisse
			4		Schule der Ingenieure Stadt i. NW Marokkos	→					hart wie Eisen, oft auch bei Nerven	→		2	↓	
sich in England drehen und wenden	Greenwich time oder Gran Turismo	→			wo in Bern sonst Fontänen sprudeln	↓	und so weiter, leicht abgehoben	→					Burundi am Auto engl zu eigen haben	→		kurzer Regierungsrat
innerer Keim für Vergewaltigungen		→				↓	steckt buchstäblich im Ersatz	↓			Schreiber der Ilias Generalunternehmer	→				
macht Genossen zu Schweizern	bleibt im Haus statt im Zeughaus	→	6													
				wo Steine sportlich fliegen Vermerk	→								5			in der CH umstrittene Türme für Muezzins
Frucht, die man auch auf den Kopf setzt	hat die 2 am Rücken, dieser Tennisspieler	→					10				Junge, einst als Schweizer besungen	→	probten den Aufstand gegen Unternehmer	→	grosser Fussball 2008	
							Heeres-einheit dehnt das kurze i	→			heimische Vögel mit Pinguinfarben	→				
blanke Knochen unseres Daseins	Greifarme der Kletterpflanzen	→			fünf Empfindsame Teppich der Iraner	→			9				kleine welsche Unterkunft als Obdach	→		frühes Mitglied der CH
										Übergang ins Engadin Küsteninsel Schwedens	→				8	
Berg der französischen Riviera		→					Stotter-brems-system etwa	→					keltisches Blasinstrument 1000 ohne Mitte	→		
wo Musharraf Willkür probte	ausserparlamentarische Opposition	→		Käsegericht oder Käse? Insel-Kel-tensohn	→											Autoteil gegen Äbgase
									7		Auszug aus Rohstoffen kleiner Herr	→				
altspan. Staatsmann die Farbe im Drucker		→					Brillenträger (am Kopf)	→					die gute der Pfadis, böse als Verbrechen	→		
			12		Hauptstadt mit Trauerspielen	→							Sommer am Léman	→		

Preise:

1. Preis:
Gutschein für ein Halbtax-Abo

2. Preis:
Hotelgutschein für drei Nächte/zwei Personen von Free Dreams

3. Preis:
Ein Buch von Fulvio Pelli

So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 21. Januar 2008 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Ihrer Adresse an:

Generalsekretariat FDP
«Freisinn»-Rätsel
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Neuer Leiter Fraktion und Politik



Bruno Henggi, Leiter Fraktion und Politik, verlässt das Generalsekretariat per Ende Jahr. Nachfolger wird Jon Fanzun, bisheriger politischer Sekretär. Wir danken Bruno Henggi für seinen enormen Einsatz und wünschen ihm für seine Zukunft alles Gute. Jon Fanzun wünschen wir viel Freude in seiner neuen Funktion.

Herzlich willkommen



Philip Kristensen hat per 1. Dezember seine Arbeit im Generalsekretariat aufgenommen. Als politischer Sekretär wird er das Team Fraktion und Politik verstärken.

Wir wünschen ihm bei seiner Tätigkeit viel Erfolg und heissen ihn herzlich willkommen.

Alles Gute

Luc Hutter, Webmaster, verlässt das Generalsekretariat per Ende Jahr. Wir danken ihm herzlich für seine geleistete Arbeit und wünschen ihm für seine Zukunft alles Gute.



Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint zehnmal jährlich in einer Auflage von über 70000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

Die Insertionstarife sind wie folgt:

Grösse	Preis pro Ausgabe
1/1	5000 Fr.
1/2	2500 Fr.
1/4	1400 Fr.
1/8	650 Fr.
1/16	400 Fr.

Rabatte

bei 3 Ausgaben: 5%; bei 6 Ausgaben: 10%; bei 10 Ausgaben: 15%

Anfragen unter:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Eliane Gnägi, Neuen-
gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30

Herzlich willkommen



Wir heissen Jürg Burkhalter, unseren neuen Webmaster, herzlich willkommen und wünschen auch ihm viel Erfolg bei der Ausübung seiner Tätigkeit.

Auflösung Kreuzworträtsel Nr. 9/07

Winterschlaf

S	M	K	A	F
C	N	U	A	N
T	H	R	O	N
U	V	O	L	T
B	L	A	E	T
T	A	M	E	R
E	R	B	E	W
P	R	A	E	S
N	U	R	O	H
S	O	D	O	M
W	I	N	T	E
O	U	E	T	T
S	T	R	E	I
S	T	E	M	P
R	N	T	R	I
A	I	M	A	I
W	I	N	D	F

Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels Nr. 9/07 lautete:

Winterschlaf

Bis zum Redaktionsschluss sind 156 richtige Antworten bei uns eingegangen.

Folgende Personen erhalten je ein Buch von Fulvio Pelli mit FDP-Gadgets:

- Ruth Werren, Grüentalstrasse 22, 8405 Winterthur
- Fritz Nussbaum, Hint. Hammer 39, 4715 Herbetswil
- Patrick Gassmann, Spitalstrasse 28D, 4226 Breitenbach

Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.



Wir wünschen Ihnen

frohe Festtage

und einen guten Start ins

2008!